

# RHEIN-WUPPER ZEITUNG

LEVERKUSEN OPLADEN  
LEICHLINGEN

RHEINISCHE POST

## Antwerpes fordert Alternativplanung für die A1-Brücke



Antwerpes war von 1978 bis 1999 Regierungspräsident. FOTO: ENDERMANN

**LEVERKUSEN** (pec) Der ehemalige Kölner Regierungspräsident Franz Josef Antwerpes hat die Landes-Planungsbehörde Straßen.NRW kritisiert. In einem Gespräch mit unserer Redaktion legte er dem Landesbetrieb gestern nahe, für die Leverkusener Rheinbrücke über die A1 „eine vernünftige Alternativplanung“ auszuarbeiten. Die, so habe ihn die Erfahrung seiner Amtszeit gelehrt, sei bei den meisten großen Projekten notwendig. Antwerpes war von 1978 bis 1999 Kölner Regierungspräsident.

Im Falle Leverkusens sei vor allem der geplante Eingriff in die Giftmüll-Deponie Dhünnaue der kritische Punkt, sagt er. Mit „kritisch“ meint Antwerpes allerdings weniger drohende Gefahr durch Gift-Emissionen, als vielmehr explodierende Kosten. „Solche Projekte werden am Ende immer ein Drittel teurer als geplant“, berichtet der 82-jährige gebürtige Viersener. Daher brauche man Alternativen.

Am Mittwochabend, in der TV-Sendung „Ihre Meinung“ mit Bettina Böttinger, hatte der ehemalige Bayer-Chemiker Rainer Welte Antwerpes als einen Kronzeugen gegen die Deponie-Öffnung genannt. Während Bayer schon vor vielen Jahren gesagt habe, das einzige was man mit der Altlast Dhünnaue tun könne, sei, „sie dicht einzupacken und nie wieder dranzugehen“, habe Antwerpes sogar von versuchter Tötung gesprochen.

Daran konnte sich der Genannte gestern auf Nachfrage allerdings nicht mehr erinnern – sagt er jedenfalls: „In meinen mehr als 20 Jahren als Regierungspräsident habe ich so viel erlebt und gesehen, dass ich wirklich nicht mehr jedes Zitat oder jede Begebenheit präsent habe.“

An die Kostenproblematik bei vielen Projekten erinnert sich Antwerpes jedoch umso besser. Und er weiß: „Das ist heute nicht anders als damals.“ Insofern sei Straßen NRW gut beraten, eine Alternativplanung für die A1-Brücke vorzunehmen.

Bei den Leverkusenern dürfte er mit diesem Rat gut ankommen.

## Gasleitung: Trickst die Stadt? Kritiker explodieren

Für viele überraschend will die Stadtverwaltung die umstrittene Gasleitung NETG im Stadtrat am Montag durchwinken..

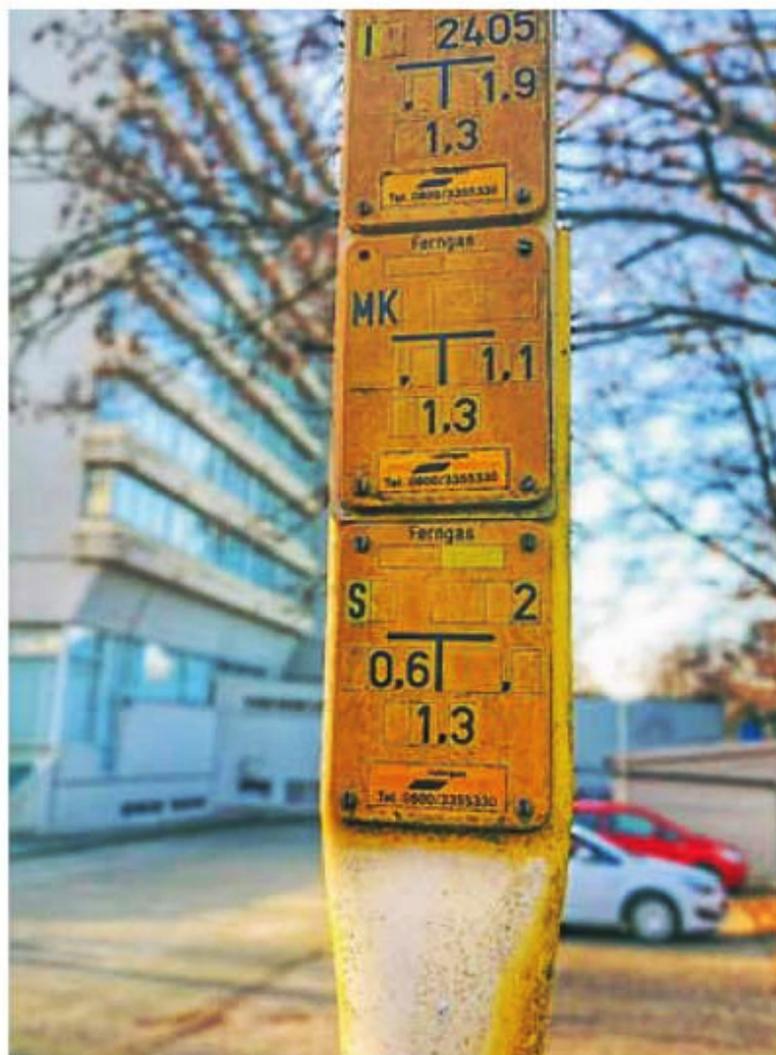
VON PETER CLEMENT

**LEVERKUSEN** Der Tagesordnungspunkt trägt die Nummer 49. Unter „Nachtrags- und Tischvorlagen“ hat die Leverkusener Stadtverwaltung kurzfristig nun auch noch die „Erdgasparallelleitung Waldsiedlung“ auf das ohnehin bereits dicke Sitzungspaket des Stadtrats gesattelt. Und damit hat sie die Aktivisten in der Waldsiedlung, an deren Grundschule die neue Hochdruck-Trasse nur wenige Meter entfernt entlanglaufen soll, gewissermaßen zur Explosion gebracht.

Der CDU-Politiker Bernhard Marewski, dessen Wahlkreis in der Waldsiedlung liegt und der seit Jahren vehement gegen die Gasleitungs-Trassenführung protestiert, ist empört: „Es ist mir absolut unerklärlich, warum die Gasleitung auf die bereits lange Tagesordnung aufgesattelt wurde“, sagte er gegenüber unserer Redaktion. Dringlichkeit sei „nicht im geringsten erkennbar“.

Statt abzuwarten und ihre Strategie festzulegen, wie sich die Trassenführung doch noch mitten hinein in den Wald zwischen der Waldsiedlung und Schildgen verlegen lasse, wolle Oberbürgermeister Uwe Richrath ganz offenbar nun wieder die alte Version des Vertrages zur Abstimmung stellen – mit der Gasleitung an der Schule.

Marewski ist verärgert: Der Christdemokrat warf dem Stadtchef gestern indirekt sogar Trickerei vor. „Alle wissen, dass die Ratssitzung am kommenden Montag voll-



Das Best-Western Hotel In Leverkusen: unmittelbar daneben verläuft eine Gas-Druckleitung. FOTO: UWE MISERIUS

gepackt ist mit verschiedenen bedeutsamen Themen. Genau aus diesem Grund beginnt sie auch nicht um 16 Uhr wie sonst üblich, sondern schon um 12 Uhr“, schrieb er an Uwe Richrath. Es sei ihm absolut unerklärlich, warum der Oberbürgermeister die Erdgasparallelleitung Waldsiedlung nun auch noch auf die bereits lange Tagesordnung gelegt habe: „Eine Dringlichkeit ist jedenfalls nicht im Geringsten erkennbar“, schimpft Marewski.

Er und viele andere Kritiker der Druckleitung hatten zuletzt Hoffnung geschöpft, nachdem ein Kölner Rechtsanwalt, der in der Waldsiedlung wohnt, gute Chancen ausgemalt hatte, die Kölner Bezirksregierung und das Gasleitungsunternehmen juristisch dazu zu bewegen, die Trasse weiter weg von der Waldschule durch unbewohntes Gebiet zu leiten.

Ein erstes Gespräch mit dem Oberbürgermeister und zwei städtischen Experten verlief denn auch hoffnungsvoll. Doch dann hörte der Anwalt nach eigenen Angaben plötzlich nichts mehr, auch auf Nachfrage habe sich niemand gemeldet. Und jetzt diese Vorlage...

Oberbürgermeister Uwe Richrath erklärte gestern gegenüber unserer Redaktion, er habe gar keine andere Wahl, als diesen Tagesordnungspunkt anzusetzen: „Unser Vertrag mit NETG läuft zum Jahresende aus, wir müssen jetzt entscheiden“, sagte er. Protestaktionen und juristische Scharmützel hätten keine Aussicht auf Erfolg, wie ihm sowohl Ver-

treter des Unternehmens als auch der Kölner Bezirksregierung im Gespräch klargemacht hätten.“

Das hatte der Kölner Anwalt grundlegend anders gesehen. Er berichtete noch Mitte Oktober: „Nach einer ersten Durchsicht der Unterlagen ist eine gewisse Zuversicht begründet, dass wir es schaffen können, den Vorhabenträger und die Bezirksregierung zu überzeugen.“

Richrath sieht das anders. Auch eine Klage sei nahezu aussichtslos: „Wir können nichts mehr tun.“

Marewski will der Vorlage auf keinen Fall zustimmen. Er sagt: „Die Bewertung, inwieweit hier Bürgerinteressen wahrgenommen werden, überlasse ich jedem selbst.“

## Musiklehrer-Honorare werden zum Streitfall

VON MONIKA KLEIN

**LEVERKUSEN** Bei der geplanten Erhöhung der Honorare für Lehrkräfte in der Musikschule hat die Stadt offenbar einen schweren Fehler gemacht. Der Betriebsausschuss KulturStadtLev hatte am 29. November einstimmig eine Erhöhung für Lehrkräfte beschlossen, die auf Honorarbasis beschäftigt sind.

Sie leisten bei gleicher Qualifikation dieselbe Arbeit wie die fest angestellten TVÖD-Kräfte, haben aber weder Anspruch auf Urlaub noch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, zahlen selbst Steuern, Versicherung und Altersvorsorge, dabei verdienen sie deutlich weniger und haben

obendrein seit über zehn Jahren keine Anpassung gesehen. Es sei also höchste Zeit, waren sich die Kulturpolitiker einig.

Allerdings wurde der Beschluss vom Finanzausschuss am Montag in den Rat vertagt, aufgrund einer neuen Stellungnahme der Kulturverwaltung. Darin wird empfohlen, die Honorarerhöhung auszusetzen, oder allenfalls im zweiten Halbjahr 2017, wenn sich zeigt, ob erwartete Mehreinnahmen durch Gebührenerhöhung auch tatsächlich fließen. Sonst entstehe dadurch eine zusätzliche Belastung im Wirtschaftsplan.

Die Verwaltung schlägt vor, erst einmal abzuwarten, weil Gebührenerhöhungen erfahrungsgemäß zu

Abmeldungen führten. „Von einer solchen Variablen die Entlohnung von Honorarlehrkräften - hier die längst überfällige und konkret bescheidene Honorarerhöhung - abhängig zu machen, kann und darf nicht akzeptiert werden!“ sagt Kulturpolitiker Bernhard Marewski (CDU). „Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den Menschen...“

Sogar das Gutachten von KPMG geht davon aus, dass nach über zehn Jahren eine Anpassung der Honorare ansteht. In diesem Zeitraum haben die Tarifkräfte, wie auch die Verwaltungsangestellten, Erhöhungen von mehr als 20 Prozent erhalten. Die Schere geht also immer weiter auf, stellt Marewski fest und er-

innert, dass der Rat zumindest verhindert hat, dass der Anteil von Honorarverträgen auf 70 Prozent gesteigert wird. Das hatte KPMG vorgeschlagen, weil Honorarkräfte schlicht die Hälfte kosten (im Schnitt 26,93 Euro statt 57,16 Euro pro Stunde). Der Rat begrenzte die Quote auf maximal 26 Prozent Honorarbeschäftigte zu 74 Prozent Festangestellten.

Allerdings ist in der Stellungnahme nur von zu erwartenden Mehreinnahmen in der Höhe von 41.000 Euro die Rede, die über eine vorgesehene Erhöhung der Musikschulgebühren erlangt werden sollen. Im KSL-Ausschuss wurde aber zugleich die Erhöhung für Mietentgelte

(Parkplatz, Musikschulräume, Instrumente) beschlossen, die zusätzliche 27.000 Euro bringen soll. Das würde wiederum erwartete Mehreinnahmen von 68.000 Euro bedeuten, hat die KSL-Betriebsausschuss-Vorsitzende Roswitha Arnold (Grüne) nachgerechnet.

Außerdem wird in der Vorlage behauptet, dass die genannte Summe komplett in die Erhöhung der Honorare fließen sollte. Im Betriebsausschuss wurden allerdings ganz andere Zahlen genannt. Die vereinbarte Erhöhung um acht Prozent wurde mit gut 25.000 Euro überschlagen. Es blieben also immer noch die 41.000 Euro zur Verbesserung des Wirtschaftsplanes.